



So präsentierten sich Kandidatinnen und Kandidaten bis zum Platz zehn auf der Landesliste Niedersachsen bei ihrer Vorstellung in Hannover: Herbert Schui, Diether Dehm, Jutta Krellmann, Johanna Voß, Gerd Nier, Herbert Behrens, Dorothee Menzner, Manfred Brauner, Heidrun Dittrich (von links). Es fehlt Melanie Böger. Der aktive Wahlkampf in allen Kreisorganisationen hat ein tolles Wahlergebnis gebracht, so dass jetzt Diether, Dorothea, Heidrun, Herbert Sch., Jutta und Herbert B. als niedersächsische Abgeordnete in den Bundestag eingezogen sind.

Den Widerstand gegen die neoliberale Macht im Land mobilisieren

Politische Erklärung zum Ergebnis der Bundestagswahl 2009 in Niedersachsen

Auf das Wahlergebnis der Bundestagswahl in Niedersachsen kann die Partei DIE LINKE stolz sein. Wir konnten nicht nur unser gutes Wahlergebnis der Landtagswahl von 7,1 auf 8,6 Prozent steigern. 380.000 WählerInnen haben uns ihr Vertrauen geschenkt.

Dies sind 50 Prozent mehr als zur Landtagswahl. Wir erreichten in allen Wahlkreisen über fünf Prozent und erzielten darüber hinaus in den einzelnen Wahlkreisen Ergebnisse, die auf neue Mandate in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Kommunalwahl 2011 hoffen lassen.

Wir sehen das niedersächsische Ergebnis auch als Bestätigung unserer konsequenten und an der Sache orientierten Oppositionsarbeit im niedersächsischen

Landtag. Obwohl die SPD auch in Niedersachsen deutlich verloren hat, wollen wir auf den nicht uninteressanten Umstand hinweisen, dass die gegenwärtige Regierungskoalition von CDU und FDP nach dieser Wahl keine Mehrheit mehr im Land hat (zusammen 46,5 Prozent gegenüber 48,6 Prozent der Oppositionsparteien) Dies zeigt: Die Ära Wulff geht zu Ende.

Ein Politikwechsel in Niedersachsen setzt aber nicht nur neue parlamentarische Mehrheiten voraus. Viel wichtiger ist, dass im Land eine Wechselstimmung entsteht, die sich auf breite außerparlamentarische Bewegungen stützt.

Hier sind die Fraktion und vor allem auch die Partei gefordert. DIE LINKE. Niedersachsen wird sich in außerparlamentarische Bewegungen unserer Kernthemen

wie Soziale Sicherung, Arbeit gerecht verteilen, Bildung für alle, Geschlechtergerechtigkeit, Alternativenergien anstatt Atomenergie und immer mehr Atommüll, Frieden einbringen und dort eine konstruktive und einigende Rolle spielen müssen und an der Seite der Gewerkschaften stark sein.

Wir müssen den Widerstand gegen die neoliberale Macht mobilisieren und hegemonale Kraft zeigen. Wir haben einen Straßenwahlkampf mit hohem kulturellem Niveau geführt und damit die diffamierenden Angriffe der Konzernmedien unterlaufen. Unsere Partei hat nach dieser Bundestagswahl eine größere Verantwortung bekommen und wird kleinliches Parteigezänk als Kinderkrankheit überwinden müssen.

Weiter auf Seite 2

Liebe GenossInnen,
wir haben es geschafft: 40 Frauen und 36 Männern sind für uns am 27. September in den 17. Bundestag gestartet. Diether Dehm, Dorothee Menzner, Herbert Schui, Heidrun Dittrich, Jutta Krellmann und Herbert Behrens bilden die erste paritätisch besetzte „Landesgruppe Niedersachsen“. Wir dokumentieren rückblickend noch den entscheidenden Wahlkampf mit einem entsprechenden Schwerpunktthema und lenken den Blick sogleich auf die kommende Herausforderung, die Kommunalwahlen und vor uns liegende, damit zusammenhängende Aufgaben.

„Wo kriegen wir nur die Weiber her“ lautete das Motto einer frauenpolitischen Veranstaltung in Hannover vor einiger Zeit. Das erinnert an den verabschiedeten Frauenförderplan. Der Frauenanteil unserer Partei ist alarmierend auf unter 25 % gesunken. Das müssen wir mit entsprechenden Maßnahmen zugunsten einer geschlechterparitätischen Listenbesetzung zur Kommunalwahl ändern. Das Ergebnis der Programmdebatte auf dem Parteitag in Hameln hat ebenso Signalwirkung gezeigt, wie die verabschiedete Forderung nach einer geschlechterparitätisch besetzten Doppelspitze in der Parteiführung und an der Spitze der neuen Bundestagsfraktion. In diesem Sinne: weiter so, und guten Rutsch in ein gesundes, erfolgreiches frohes neues Jahr...

Nanni Rietz-Heering

Dokumentation: Das 10-Punkte-Sofortprogramm

DIE LINKE Bundestagsfraktion hat in ihrer ersten Fraktionsklausur am 9. und 10. Oktober 2009 im brandenburgischen Rheinsberg einstimmig ein Sofortprogramm beschlossen, mit dem die Fraktion in die neue Legislaturperiode startet. Hierin sind die Initiativen zusammengefasst, die noch im Herbst begonnen werden sollen. Sie bieten den Kreisverbänden gute Möglichkeiten, mit Informationsständen und öffentlichen Veranstaltungen die Politik der LINKEN darzustellen. Wir dokumentieren das Sofortprogramm im Wortlaut:

DEUTSCHLAND VERWEIGERT DEN KRIEGSDIENST

1. Raus aus Afghanistan

DIE LINKE will den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir werden im Bundestag einen Afghanistan-Friedensvorschlag vorlegen, der Entsendung weiterer Soldaten widersprechen und den Abzug der Bundeswehr fordern. Die finanziellen Mittel sollen vom militärischen Einsatz auf zivile Unterstützung umgewidmet werden. DIE LINKE wird für Abrüstung initiativ und fordert den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland.

GUTE ARBEIT

2. Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Gleich-

Das vor uns liegende Jahr 2010 wird auch durch den innerparteilichen Diskussionsprozess um ein Parteiprogramm bestimmt sein. Dabei werden wir anzuzeigen haben, dass sich diese Partei nicht nur zu tagespolitischen Fragen und in Wahlprogrammen zusammenfindet, sondern auch langfristige Zielsetzungen formulieren und Wege aufzeigen kann, die kapitalistische Ellbogengesellschaft zu überwinden, um eine Gesellschaft dauerhaften Friedens, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit zu erreichen. Beim Diskussionsprozess um das neue Parteiprogramm müssen wir einen neuen solidarischen Stil finden, innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten auszutragen und konstruktiv zu gemeinsamen von allen Parteiströmungen getragenen oder zumindest für sie vertretbaren Lösungen zu kommen.

*Hans-Henning Adler
stellv. Vorsitzender der Linksfraction im
Niedersächsischen Landtag*

stellung in Lohnfragen

DIE LINKE setzt die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes sofort wieder auf die Tagesordnung des Parlaments. Der Mindestlohn soll in der 17. Legislaturperiode auf zehn Euro erhöht werden und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wachsen, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Wir fordern gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit in gleicher Arbeitszeit für Frauen und Männer, in Ost und West, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und für Menschen mit und ohne Behinderungen.

3. Stärkung von Kündigungsschutz und Mitbestimmung – 2 Mio. Arbeitsplätze statt Massenarbeitslosigkeit

DIE LINKE weist alle Angriffe auf den Kündigungsschutz zurück und wird Initiativen zu seiner Stärkung ergreifen. Die Mitbestimmung in den Unternehmen ist zu verteidigen und zu erweitern. DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Massenentlassungen bei nichtinsolvenzgefährdeten Unternehmen und für die Rücknahme der Liberalisierung der Leiharbeit, um den Trend zur Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen durch Leiharbeit zu stoppen.

DIE LINKE will mit Hilfe eines Konjunkturprogramms und eines Zukunftsfonds für den industriellen Umbau Arbeitsplätze für die Zukunft sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Dafür müssen Produktion und Produkte auf moderne, sozial-ökologische Bedürfnisse ausgerichtet werden, Investitionen in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur ausgeweitet werden und öffentliches Personal eingestellt werden. Öffentliche Gelder an die Industrie werden nur als Beteiligungen vergeben, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Belegschaften, Gewerkschaften und Verbänden.

SOZIALE SICHERHEIT

4. Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld verlängern

DIE LINKE setzt alles daran, in der Krise das Kurzarbeitergeld auf 36 Monate zu verlängern und das Arbeitslosengeld I für alle Anspruchsberechtigten auf 24

weiter auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

Den Widerstand gegen die neoliberale Macht im Land mobilisieren

Die Kommunalwahlen 2011 müssen der nächste Etappensieg unserer aufstrebenden Partei werden. Bei dieser Wahl sollten wir versuchen flächendeckend als Partei DIE LINKE anzutreten. Das hervorragende Wahlergebnis der Bundestagswahl rechtfertigt diese Kandidaturform jedenfalls für den Regelfall. Über Ausnahmen werden die zuständigen Gremien der jeweiligen Gebietsverbände auf Grund örtlicher Besonderheiten entscheiden. Die Kommunalwahl bedarf einer soliden Vorbereitung hinsichtlich der Mitgliedergewinnung und Kandidatenqualifizierung. Die Partei sollte zu dieser Wahl auch ihre Listen für Nichtmitglieder öffnen, um deutlich zu machen, dass DIE LINKE auch ein großes Sammlungsprojekt für Persönlichkeiten aus sozialen Bewegungen darstellt.

Monate zu erhöhen. Darüber hinaus ist die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes I abhängig von der Dauer der Einzahlung (pro Jahr Einzahlung einen Monat Arbeitslosengeld beginnend mit dem 3. Jahr). Dies begrenzt Verunsicherung und soziale Härten und stabilisiert die Binnennachfrage.

5. Hartz IV abschaffen –

DIE LINKE wird als erste Schritte im Bundestag fordern:

► Die Freigrenzen beim Schonvermögen im SGB II – zur Alterssicherung und darüber hinaus – werden deutlich erhöht.

► Die Entgelte von Ferienjobs für Kinder von Hartz-IV-Beziehenden werden nicht auf die Höhe der Hartz-IV-Sätze angerechnet.

► Kinderregelsatz an Kindesbedarf anpassen! Entsprechend dem Urteil des Bundssozialgerichtes soll der Bedarf für Kinder und Jugendliche in der Grundsicherung eigenständig ermittelt und in der Folge deutlich angehoben werden.

► Ein Sanktionsmoratorium soll die Drangsalierung von Hartz IV-Beziehenden sofort stoppen. Unabhängig davon fordern wir die Abschaffung des Sanktionsparagraphen 31 im SGB II.

► Abschaffung des Konstruktes Bedarfsgemeinschaft im SGB XII und II für Erwachsene.

► Die gleichen Forderungen gelten auch für Menschen mit Behinderungen und andere Beziehenden und Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe).

► Alterssicherung – armutsfest und gleich in Ost und West.

6. Rente ab 67 zurücknehmen und Rentenwert Ost-West zügig angleichen

DIE LINKE fordert die Abschaffung der Rente erst ab 67. Schon heute gehen im Osten 70 Prozent und im Westen 40 Prozent aller Neurentnerinnen und -rentner mit Abschlägen in Rente. Laut Deutscher Rentenversicherung waren im September 2008 waren nur noch 7,4 Prozent aller 63- und 64-Jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 67 Jahre ist daher sozialpolitisch unverantwortlich und arbeitsmarktpolitisch widersinnig. Wir fordern eine armutsfeste Rente spätestens ab Vollendung des 65. Lebensjahres.

DIE LINKE kämpft weiter für die zügige Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die Höherwertung der Verdienste ostdeutscher Beschäftigter ist so lange differenziert beizubehalten, bis die Angleichung bei Löhnen/Gehältern erfolgt ist.

WER BEZAHLT DIE KRISE?

7. Kleine und mittlere Einkommen entlasten – Kreditklemme bekämpfen

DIE LINKE will, dass Reiche und Vermögende für die Finanzierung der Krise sowie für gesellschaftliche Reformen herangezogen werden. Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden. DIE LINKE lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer strikt ab. DIE LINKE wird eine Reform der Einkommensbesteuerung durch eine Abschaffung des Steuerbauchs einbringen.

Dokumentation: Das 10- Punkte-Sofort- programm

Der/die Durchschnittsverdiener/in mit 30.000 Euro Jahreseinkommen soll eine Steuererleichterung von mehr als 100 Euro im Monat erhalten. Ab einem zu versteuernden Monatseinkommen von 6000 Euro setzt zunächst eine leicht ansteigende höhere Belastung ein; Einkommensmillionäre sollen rund 100.000 Euro mehr an Steuern im Jahr zahlen.

DIE LINKE wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer fordern, wobei Privatvermögen von über einer Millionen Euro mit fünf Prozent besteuert werden. Außerdem soll eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die drohende weitere Verschärfung der Kreditklemme abgewendet wird. Bei knapp 40 Prozent der Insolvenzen im ersten Halbjahr 2009 ist die Kreditverweigerung der Banken die „zentrale Ursache“. Die EZB leiht den Banken Rekordsummen für ein Prozent Zinsen. Aber sie geben diese günstigen Konditionen nicht weiter, verlangen 10, 11, ja bis zu 18 Prozent Zinsen. DIE LINKE wird von der Regierung fordern, dass sie endlich auf die Kreditvergabe der Banken Einfluss nimmt. Dazu gehört, die Banken unter staatliche Kontrolle zu stellen bis hin zur Vergesellschaftung. DIE LINKE will, dass Überziehungszinsen begrenzt werden.

8. Schutzschirm für die sozialen Sicherungssysteme

DIE LINKE lehnt es ab, dass die Kosten der Krise über Zusatzbeiträge u.ä. auf die sozial Versicherten abgeladen werden. Deshalb wollen wir einen Bundestagsbeschluss,

> Schwerpunkt

dass die Sozialversicherungen für die durch die Krise entstehenden Defizite eine Staatsgarantie bekommen – finanziert aus den Steuermehreinnahmen. Nur so kann eine Kürzung der sozialen Leistungen und die zusätzliche Belastung der Versicherten ausgeschlossen werden. Aktuell darf bspw. das sich abzeichnende Milliardendefizit im Gesundheitsfonds (rd. 10 Mrd.) 2010 nicht über Zusatzbeiträge auf die Schultern der Versicherten abgewälzt werden.

GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN

9. Grundrechte verteidigen

DIE LINKE wird eine gesetzliche Regelung für einen wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz einbringen, der solche Schnüffelei wie bei Lidl, der Bahn oder der Deutschen Bank unterbindet. Am 31. Dezember endet die bisherige Bleiberechtsregelung für geduldete Ausländerinnen und Ausländer. DIE LINKE wird sich für ein eine dauerhafte Bleiberechtsregelung für die rund 62.000 seit vielen Jahren hier lebenden Flüchtlinge einsetzen. Langjährig Geduldete und Menschen, die zurzeit nur befristet bleiberechtigt sind, müssen ein gesichertes Aufenthaltsrecht und eine Lebensperspektive erhalten.

DIE LINKE wird einen Antrag zur bundeseinheitlichen und bedarfsgerechten Finanzierung der Frauenhäuser einbringen, der für alle Frauen einen offenen Zugang zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus garantiert, Kosten für den Aufenthalt der Kinder einschließt, den Lebensunterhalt sichert und Unterhaltsansprüche von geflüchteten Frauen gegenüber Partnern auf den Staat überträgt.

ENERGIEWENDE DURCHSETZEN

10. Atomausstieg unumkehrbar machen

Wir werden parlamentarisch und außerparlamentarisch dafür streiten, dass die in der 17. Legislaturperiode abzuschaltenden sieben Reaktoren – davon vier noch bis Jahresende 2009 – wirklich unumkehrbar vom Netz gehen. Zudem werden wir darauf drängen, sofort einen Untersuchungsausschuss atomare Endlager (Asse II, Gorleben, Morsleben, Schacht Konrad und zum Endlagersuchverfahren) im Bundestag einzusetzen. Ausführliche Informationen zu den Ergebnissen der Fraktionsklausur unter: www.linksfraktion.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Krieg in Afghanistan eskaliert immer weiter. Der Grund hierfür liegt nicht zuletzt im immer offensiveren Vorgehen der NATO, aber auch der Europäischen Union und Deutschlands. Ende November, Anfang Dezember wird die Debatte um die Verlängerung und den Ausbau des Bundeswehrengagements beginnen. Um die Kritik an dem Einsatz mit Informationen zu unterlegen, habe ich in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Militarisation e.V. eine Broschüre zum Thema erarbeitet, die sich ausführlich mit den verschiedenen Facetten des Krieges beschäftigt und die Euch in der Arbeit unterstützen kann. Hier ihre Zusammenfassung:

Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges wurde die NATO in ein Interventionsbündnis zur Durchsetzung westlicher Interessen umfunktioniert. Der mit Abstand wichtigste derzeitige Einsatz findet in Afghanistan statt, wo unter militärischer Besatzung das komplette Gesellschafts- und Wirtschaftssystem entlang westlicher Ordnungsvorstellungen neu aufgebaut werden soll.

Obwohl die NATO maßgeblich für die gegenwärtige Eskalation der Kampfhandlungen verantwortlich ist, wird nicht ernsthaft über einen Abzug debattiert. Denn, so die allgegenwärtige Befürchtung, sollte man den Krieg verlieren, hätte sich jeder weitere NATO-Einsatz auf viele Jahre hinaus erledigt. Aus diesem Grund muss der Krieg unter allen Umständen gewonnen werden, koste es, was es wolle. Obwohl

Broschüre von Sabine Lösing, MdB:

Im Windschatten der NATO: Die Europäische Union und der Krieg in Afghanistan?

die EU-Staaten ihre Truppenanteile in den letzten zwei Jahren bereits um deutlich über 50 % erhöht haben, drängt die neue US-Regierung unter Barack Obama auf noch größere Unterstützungsleistungen. Dem sind aber aufgrund der großen Skepsis innerhalb der EU-Bevölkerung gewisse Grenzen gesetzt, weshalb eine wesentliche Kompensationsleistung im Ausbau des Engagements der Europäischen Union liegen dürfte.

Schon heute leistet die Europäische Union einen relevanten Beitrag bei der Besatzung Afghanistans. Dazu gehört zunächst einmal die offizielle Unterstützung der NATO-Eskalationsstrategie, insbesondere der nochmaligen Verschärfung seit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barack Obama. Darüber hinaus hat die Europäische Union aber auch wichtige Verwaltungsfunktionen übernommen und stellt damit einen wesentlichen Teil des zivilen Arms der Besatzung.

Vor allem drei Bereiche sind hervorzuheben: die Rolle beim neoliberalen Umbau des Landes; die konzeptionelle Vorarbeit, aber auch die finanzielle Unterstützung der in Afghanistan praktizierten zivil-militärischen Besatzungsstrategie; und schließlich der wichtigste Beitrag, die EU-Rolle bei der „Afghanisierung“ des Krieges: Mit der EU-Mission EUPOL sollen die afghanischen Sicherheitskräfte massiv ausgebaut und in die Lage versetzt werden, den Großteil der Kampfhandlungen künftig im Alleingang übernehmen zu können. Diese Anstrengungen sollen in nächster Zeit nochmals deutlich intensiviert und EUPOL enger mit der NATO verzahnt werden.

Unabhängig also davon, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten ohnehin umfassend am NATO-Krieg beteiligen, spielt auch die Euro-

päische Union als Ganzes eine eigenständige und unrühmliche Rolle. Sie agiert dort offensichtlich nicht alternativ, sondern ergänzend zum militärischen Vorgehen der NATO und ist damit ein integraler Bestandteil der Besatzung. Wie in vielen anderen Krisengebieten zeigt sich damit auch in Afghanistan, dass von einer – im Wortsinn zivilen – also eine militärische Lösung ablehnenden EU-Außenpolitik schon längst keine Rede mehr sein kann.

*Mit herzlichen und solidarischen Grüßen
Sabine Lösing, MdB*

Die Broschüre kann unter

www.sabine-loesing.de

herunter geladen werden oder unter folgender Adresse in Sabines Göttinger BürgerInnenbüro kostenlos bestellt werden:

**Abgeordnetenbüro Sabine Lösing, MdB,
Obere-Masch-Straße 22, 37073
Göttingen, , europabuero-loesing@
web.de, tel 055 1 / 507 66 823**

Da die Broschüre wegen der starken Nachfrage gerade nachgedruckt wird, sind Wartezeiten möglich.



EU-Vertrag zementiert Militarisierung und Neoliberalisierung

Diether Dehm - Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

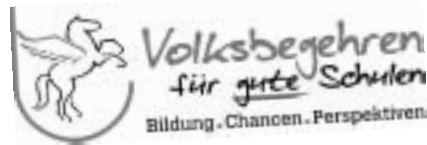
„Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Europäische Union den Prozess der Militarisierung verstärkt fortsetzen und die neoliberale Wirtschaftspolitik, die eine der Ursachen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise ist, zementieren“, so Diether Dehm zum morgigen Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Der europapolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Der erhöhte Finanzbedarf für außen- und sicherheitspolitische Zwecke erfordert Kürzungen in anderen Bereichen. Das soll vor allem die Landwirtschaftspolitik und die Strukturförderung treffen. Besonders absurd ist, dass das Verbot von Beschränkungen des Kapital- und des Zahlungsverkehrs in Artikel 64 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) fortgeschrieben wurde. DIE LINKE wird hierzu Vorschläge für eine Vertragsänderung unterbreiten, die eine wirkliche

Regulierung der Finanzmärkte ermöglicht.

DIE LINKE wehrt sich gegen Versuche, auch noch die wenigen positiven Aspekte wie die verstärkte Mitbestimmung des Europäischen Parlaments zu umgehen - wie beispielsweise beim SWIFT-Abkommen mit den USA. Unabhängig vom Inkrafttreten des Vertrags kämpft sie weiter für grundsätzliche Veränderungen hin zu einer demokratischen und sozialen, friedlichen und ökologischen Europäischen Union mit einer durch Volksabstimmungen zu beschließenden Verfassung.

Bis dahin wird DIE LINKE besonders darauf achten, dass der Vertrag in Deutschland nur nach Maßgabe des von ihr miterstrittenen verfassungsgerichtlichen Urteils vom 30. Juni Wirkung entfalten darf. DIE LINKE wird dafür Sorge tragen, dass die auf dem Urteil beruhenden Rechte des Bundestags gewahrt und auch von der EU-Kommission respektiert werden.“



DIE LINKE unterstützt Volksbegehren für gute Schulen

DIE LINKE im Landtag unterstützt das heute gestartete Volksbegehren für gute Schulen. Der Vorsitzende der Fraktion, Dr. Manfred Sohn, und Christa Reichwaldt, die bildungspolitische Sprecherin, haben heute morgen in Hannover als eine der ersten für diese Initiative unterschrieben. „Alle Forderungen des Volksbegehrens sind richtig und wichtig. Wir sind gegen den Stress beim Turbo-Abitur, gegen Hindernisse bei der Gründung von Gesamtschulen und gegen Verschlechterungen an Grundschulen“, erklärten die beiden Abgeordneten. Reichwaldt erinnerte daran, dass ihre Fraktion gleich lautende Forderungen im Frühjahr in den Landtag eingebracht hatte. „Leider konnten wir nicht einmal die kleinsten Verbesserungen gegen die schwarz-gelbe Koalition durchsetzen“, sagte Reichwaldt. Deshalb hofft die Bildungsexpertin nun auf das Votum der Bevölkerung. Die Hürden für Volksbegehren seien allerdings absurd

hoch „Das ist eine große Herausforderung für die Initiatoren, ich wünsche Ihnen viel Erfolg. Ich werde immer Unterschriftenlisten bei mir haben und zum Unterzeichnen aufrufen“, sagte Reichwaldt.

Damit Unterschriftenlisten und getätigte Unterstützungsunterschriften in den Gemeinden und vom Landeswahlleiter anerkannt werden, ist zu beachten, dass Listen auch die korrekte Form haben.

**Auskünfte zum Volksbegehren erteilt:
Dr. Dieter Galas, Tel. 0511-77 46 73,
Fax: 0511-7 28 76 91.**

**Informationen auch unter:
www.volksbegehren-schule.de;
Kontakt:**

**info@volksbegehren-schule.de
Spenden bitte auf Konto:
„Bündnis Schulen“
Kt.-Nr. 92 30 28
Sparda-Bank Hannover
BLZ 250 905 00**

> Die LINKE
in Europa

Landwirtschaftsbetriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

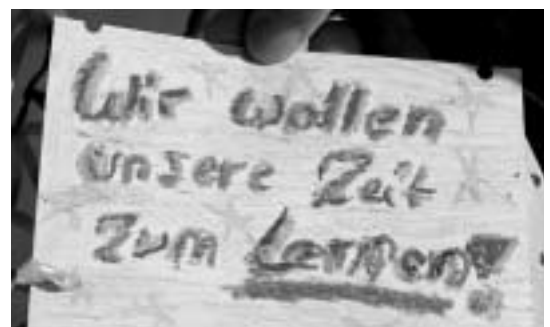
Eine Milchkuh lässt sich nunmal nicht an- oder abstellen, Ferkel werden nach der biologisch vorgesehenen Zeit geboren, Mais oder Getreide wächst, wenn das Saatgut ausgebracht ist. Das lässt für kurzfristige Reaktionen nach Marktlage keinen Spielraum.

DIE LINKE fordert eine Stärkung der Erzeugerbetriebe, damit diese finanziell abgesichert sind. Sie brauchen mehr Einfluss auf die Preisgestaltung gegenüber den erpresserisch wirkenden und hochkonzentrierten Handelsketten. Wir brauchen mehr Wertschöpfung in den Regionen durch Förderung regionaler Veredelungs- und Vermarktungsstrukturen für landwirtschaftliche Produkte. Auf der Politischen Ebene machen wir Druck! Im Landtag mit Marianne König, im Bundestag mit Kirsten Tackmann und mit Sabine Lösing bei der EU. Auch, wenn die Zeitungen das gerne vernachlässigen. Wir LINKEN machen hier Druck, durch unser Kaufverhalten und indem wir den Supermärkten die Meinung sagen.

Sagen wirs ihnen: Rewe und Aldi und Lidl, Famila und wer noch? Mails schicken und die Kundentelefone läuten lassen ...

*presse@rewe-group.com,
0800 - 43 53 361 Kundenhotline von Lidl,
email: kontakt@lidl.de,
Aldi: mail@aldinord.de,
Famila Kundentelefon: 0800 / 777 22 33*

Johanna Voss



> Unsere Bundestagsabgeordneten

Mitgliedschaft in Ausschüssen des Bundestages

Wichtiger Bestandteil der parlamentarischen Arbeit sind die Ausschüsse, die auf Beschluss des Bundestages für die Dauer der gesamten Wahlperiode gebildet werden. In der 17. Wahlperiode hat der Bundestag 22 ständige Ausschüsse. Die ständigen Ausschüsse unterscheiden sich von anderen Gremien des Bundestages und vom Vermittlungsausschuss, Gemeinsamen Ausschuss und Untersuchungsausschüssen. Sie sind, entsprechend den Kräfteverhältnissen im Parlament, mit Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen besetzt. In folgende Ausschüsse sind Jutta, Diether, Herbert, Dorothee, Heidrun und Herbert B. von unserer Bundestagsfraktion geschickt worden:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ordentliches Mitglied: Jutta Krellmann

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Ordentliches Mitglied: Dr. Diether Dehm, Stellvertretendes Mitglied: Herbert Schui

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ordentliches Mitglied: Heidrun Dittrich

Ausschuss für Gesundheit

Stellvertretendes Mitglied: Herbert Behrens

Ausschuss für Kultur und Medien

Stellvertretendes Mitglied: Herbert Behrens

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ordentliches Mitglied: Dorothee Menzner
Stellvertretendes Mitglied: Heidrun Dittrich

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Ordentliches Mitglied: Herbert Behrens
Stellvertretendes Mitglied: Dorothee Menzner

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Stellvertretendes Mitglied: Dorothee Menzner

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ordentliches Mitglied: Prof. Dr. Herbert Schui
Stellvertretendes Mitglied: Dr. Diether Dehm, Jutta Krellmann, Dorothee Menzner

Ein Großteil der Realpolitik wird in Ausschüssen gemacht

Um die Politik aktiv mitbestimmen zu können, arbeiteten die Abgeordneten in verschiedenen Arbeitskreisen der Fraktion mit. Unsere niedersächsischen MdB's sind Mitglied in folgenden Arbeitskreisen der Fraktion. Zusätzlich sind sie Sprecherin oder Sprecher der Bundestagsfraktion für ein besonderes Sachgebiet



Prof. Dr. Herbert Schui:

Mitglied im Arbeitskreis der Fraktion: AK II: Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energie und Umwelt



Heidrun Dittrich

Sprecherin der Bundestagsfraktion für Seniorenpolitik
Mitglied im Arbeitskreis der Fraktion: AK IV: Arbeit und Soziale Sicherung



Dr. Diether Dehm

Sprecher der Bundestagsfraktion für Europapolitik und Mittelstandspolitik
Mitglied im Arbeitskreis der Fraktion: AK VII: Internationale Politik

Jutta Krellmann

Sprecherin der Bundestagsfraktion für Arbeits- und Mitbestimmungspolitik
Mitglied im Arbeitskreis der Fraktion: und Soziale Sicherung AK IV: Arbeit



Dorothee Menzner

Sprecherin der Bundestagsfraktion für Energiepolitik
Mitglied im Arbeitskreis der Fraktion: AK II: Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energie und Umwelt



Herbert Behrens

Mitglied in Arbeitskreisen der Fraktion: AK I: Haushalt, Ostdeutschland, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Petitionen, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Tourismus und Sport
AK III: Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien



Interfraktioneller Mitarbeiterbeirat – doch noch kein Betriebsrat für Abgeordnetenmitarbeiter DIE LINKE.

In den letzten vier Jahren haben die gewerkschaftlich Organisierten versucht, für die mehreren hundert Angestellten bei den Abgeordneten der LINKEN einen Betriebsrat in Tarifverhandlungen zu erreichen. Doch war die Mehrheit der LINKE-Abgeordneten dagegen. Anders als bei der Landtagsfraktion der LINKEN in Niedersachsen – dort gibt es inzwischen einen Tarifvertrag.

Noch entscheidet die Mitarbeiterkommission des Ältestenrates des Bundestages über gemeinsame Arbeits- und Lohnbedingungen der Abgeordnetenmitarbeiter. Da bestimmen lediglich Abgeordnete der einzelnen Fraktionen – also die Arbeitgeber – über etwa 3000 Mitarbeiter. Um die Interessen der Abgeordnetenmitarbeiter demgegenüber zu artikulieren, rief die ver.di jetzt einen Mitarbeiterbeirat zusammen. Darin vertreten sind je zwei Beschäftigte bei Abgeordneten jeder Fraktion und zwei ver.di-Gewerkschafter. In der neu gewählten Bundestagsfraktion DIE LINKE. sollte es endlich möglich sein, auch einen Betriebs- oder Personalrat der Mitarbeiter der Abgeordneten zu wählen!

Ralf Jürgens

DIE LINKE: Drei Endlager und viele neue Kohlekraftwerke –

Die energiepolitische Zukunft Niedersachsens verdüstert sich weiter

Hannover. DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag hat davor gewarnt, dass die energiepolitischen Ziele der neuen Bundesregierung schlimme Auswirkungen für Niedersachsen haben werden. „Die Atomkraftwerke laufen unbegrenzt weiter und die neuen Kohlekraftwerke zerstören die CO₂-Bilanz – so sieht die energiepolitische Zukunft Niedersachsens aus“, sagte der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, Kurt Herzog. Diese rückschrittliche Politik werde den Ausbau Erneuerbarer Energien behindern oder sogar verhindern. Geringere Vergütungssätze für Solarstrom, Verpressung von CO₂ in unterirdische Kavernen statt Geothermienutzung und Großtechnologie in der Sahara statt dezentraler Lösungen im eigenen Land – der politische Irrweg von CDU und FDP in Berlin und Niedersachsen werde den wichtigen Industriezweig Erneuerbare

Energien stark zurückwerfen.

Außerdem wolle die neue Bundesregierung drei Endlager in Niedersachsen durchsetzen. Dabei ignoriere sie weiterhin die geologische Untauglichkeit des Atomülllagers Gorleben und die politischen Manipulationen, die es bei der Auswahl des Salzstocks gegeben habe.

„Der neue Umweltminister Norbert Röttgen ist ein Umwelt-Azubi im ersten Lehrjahr und seine parlamentarische Staatssekretärin Katherina Reiche eine Gorleben-Fanatikerin. Ihre Endlagerstrategie geht klar auf Kosten Niedersachsens“, sagte Herzog. Die Ankündigung der neuen Regierung, Gorleben nach Bergrecht und somit ohne Öffentlichkeitsbeteiligung zu genehmigen, werde den Widerstand auf der Straße und in den Kommunalparlamenten im Wendland verschärfen, ist sich Herzog sicher.

DIE LINKE: Auf Niedersachsen rollen mehrere finanzpolitische Tsunamis zu

Linksfraktion erwartet Steuer- ausfälle in Milliardenhöhe

Hannover. DIE LINKE im Landtag sieht Steuerausfälle in Milliardenhöhe auf das Land und die Niedersächsischen Kommunen zukommen. Schuld seien die finanzpolitischen Pläne der neuen Bundesregierung. „Aus Berlin rollen mehrere finanzpolitische Tsunamis auf Niedersachsen zu: Land und Kommunen droht die Handlungsunfähigkeit“, sagte Kreszentia Flauger, Vorsitzende der Linksfraktion. So bedeutete die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zum 1. Januar 2011 Mindereinnahmen von rund zwei Milliarden Euro jährlich für Niedersachsen. Die angekündigte Neugestaltung der Erbschaftsteuer schlug mit einem jährlichen Minus von 100 Mio. Euro zu Buche, die vorgesehene veränderte Unternehmensbesteuerung brächte dem Land und den Gemeinden jährliche Einbußen in Höhe von 200 Mio. Euro.

Ein weiterer Fehler sei das Festhalten an der beschlossenen Steuersenkung mit

der erweiterten Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge, die zum 1. Januar 2010 in Kraft treten soll.

Dadurch verliere das Land Niedersachsen weiterhin rund eine Milliarde Euro jährlich, was gleichzeitig den Gemeinden schade, da sie 15 Prozent der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer bekommen. „Die Niedersächsischen Kommunen versinken weiter im finanzpolitischen Sumpf: Schon jetzt ist jeder zweite Kommunalhaushalt nicht ausgeglichen, die Kassenkredite der Kommunen belaufen sich auf 4,4 Milliarden Euro“, so Flauger.

Die Fraktionsvorsitzende kündigte an, ihre Fraktion werde sich dieser desaströsen Politik widersetzen. Man werde sich



> Wir im Landtag

Erneute Ermittlungen gegen Patrick Humke-Focks

Nach dem eingestellten Verfahren wegen Beamtenbeleidigung gegen Patrick Humke-Focks im Januar des Jahres steht der Landtagsabgeordnete wieder im Fadenkreuz von Polizei und Innenminister.

Auf einer Demonstration in Göttingen zum Gedenken der Studentin Cornelia Wessmann, welche vor 20 Jahren nach einer antifaschistischen Aktion von der Polizei verfolgt ums Leben kam, soll Patrick Humke-Focks versucht haben, eine Festnahme zu stören, so die Vorwürfe. Patrick Humke-Focks weist diese Vorwürfe entschieden zurück: Er hat sich während der Festnahme mit erhobenem Parlamentsausweis auf die Polizisten zu bewegt. Die Polizei reagierte auf dieses Verhalten mit Tritten und Schlägen. Die zahlreichen Videos im Internet belegen, dass die Polizei unverhältnismäßig mit großer Gewalt gegen friedliche Demonstrierende vorgegangen ist.

Von den Ermittlungen gegen ihn erfuhr unser Abgeordneter jedoch nicht wie üblich per Post, sondern vom Innenminister persönlich während einer Rede im Landtag. Auf dem Landesparteitag in Hameln erklärte DIE LINKE Niedersachsen mit einer Resolution ihre volle Unterstützung und Solidarität mit Patrick Humke-Focks.

Die Parteimitglieder hoffen nun auf einen guten Ausgang für Patrick und auf ein Ende der ständigen Attacken seitens Polizei und Innenminister.

Pilipp Zimmermann

dafür einsetzen, die öffentlichen Haushalte durch eine Verbesserung der Einnahmeseite zu stärken. Dazu gehörten die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die Anhebung des Spitzensatzes bei der Lohn- und Einkommensteuer, die Einführung einer Börsenumsatz- und einer Grunderwerbsteuer, und die Wiederbelebung der Gewerbesteuer. „Nur so kann Niedersachsen die wachsenden Herausforderungen ohne Neuverschuldung bewältigen“, betonte Flauger.

Christian Degener, Pressesprecher

Die Sonne schien über Hameln als die Delegierten zum Landesparteitag der LINKEN anreisten. Allerdings regnete es bei der Abreise. Sollte dies ein böses Omen für die Zukunft sein?

Am 28.11.09 trafen sich rund 200 Delegierte aus Niedersachsen im Weserbergland-Zentrum, um über den Leitartikel zu debattieren. Denn Anlass dazu gab die Vertagung des ursprünglichen Antrages A2 der 1. Tagung des 2. Landesparteitages in Hitzacker.

GEMEINSAMER AUFBAU EINER SOZIALISTISCHEN PARTEI

Doch bevor es zur Aussprache zu diesem Antrag kam, gab es erst einmal zahlreiche Grußworte. So wies Franziska Quaas von der Linksjugend [solid'] darauf hin, dass Sozialistinnen und Sozialisten sich nicht durch einen Herrn Matschie (SPD) oder den Koalitionsvertrag in Brandenburg (Thema u. a. Anerkennung des Lissabonvertrages) unterkriegen lassen sollten. Die Politik würde auf den Straßen gemacht und forderte einen gemeinsamen Aufbau einer sozialistischen Partei.

DIE LINKE. ALS SOZIALES KORREKTIV

Andrea Heese von der Initiative für gute Bildung bedankte sich für die Unterstützung durch DIE LINKE. und Patrik Schreiner vom DGB sprach darüber: dass sich das Fünf-Parteiensystem in der Bundesrepublik eingerichtet hat; dass DIE LINKE. als soziales Korrektiv gebraucht wird, um die soziale Ungerechtigkeit zu überwinden und die Verteilung des Reichtums einzuweisen.

NIEDERSACHSEN DER PARADELANDESVERBAND

Der Parteivorsitzende und Abgeordnete des Europaparlamentes Lothar Bisky lobte Niedersachsen als ein Paradelandesverband der LINKEN und den Landesvorsitzenden Dieter Dehm für seine Fähigkeit zur Integration und einen eigenwilligen Wahlkampf, was ihm lange Zeit kaum jemand zugetraut hat. Lothar Bisky wies daraufhin, dass Bildung keine Ware sei und solidarisierte sich mit den streikenden Studierenden. Später sollten die Delegierten noch einen Antrag von Sebastian Bitterlich (KV Hannover) annehmen, der zur Solidarisierung mit den Hochschulbeset-

Einheit in Vielfalt – 2. Tagung des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Niedersachsen am 28.11.09 in Hameln

zungen in Niedersachsen aufrief.

Bisky lobte die Genossinnen und Genossen aus Brandenburg für die klare linke Handschrift im Koalitionsvertrag mit der SPD. DIE LINKE hätte 12 von 15 Projekten unterbringen können, dies brachte für Ministerpräsident Platzeck (SPD) Probleme in seiner Partei. Das Mitregieren in Brandenburg kann ein Plus für die gesamte Partei werden, so Bisky weiter. Er wies darauf hin, dass auch der DGB und die Gewerkschaft der Polizei für Rot-Rot wären. Allerdings dürfe die Partei auch ruhig ihre eignen Minister kritisieren. Das heißt, das DIE LINKE weiterhin gegen den Stellenabbau im Öffentlichen Dienst kämpft; dass DIE LINKE weiter gegen den Lissabon-Vertrag ist und gegen Braunkohleverstromung. Dies sei ein Parteibeschluss gegen die Minister.

DELEGIERTE GEGEN KOALITIONSVERTRAG IN BRANDENBURG

Die Delegierten verabschiedeten später einen Antrag (Für eine Glaubwürdige LINKE), der schon am 08. November in Hamm, auf dem Landesparteitag der Genossinnen und Genossen in NRW, beschlossen wurde. Dieser Antrag kritisiert, dass der Koalitionsvertrag aus Brandenburg insbesondere ökologische Grundsätze aufgegeben hat und der Abbau von tariflich gesicherten Beschäftigten eingewilligt hat.

CASINOKAPITALISMUS FEIERT PARTIES

Aber zurück zu Lothar Bisky. In seiner Rede sagte er, dass der Casinokapitalismus wieder Parties feiern würde, dies zu bekämpfen sei Aufgabe der LINKEN. Er ging auf den Rücktritt von Arbeitsminister Jung (CDU) ein, dass im Krieg immer die Wahrheit stirbt. Er forderte die Abrüstung der EU und sagte der Krieg in Afghanistan sei schon verloren, es sollten keine Menschen für Weltgeltung geopfert werden. Die globale Abrüstung würde Kapazitäten für den Klimawandel freisetzen, darüber würde es Einigkeit in der Linken im Europaparlament geben.

PROGRAMMFRAGEN, VERFASSUNGSSCHUTZ, DEMOKRATISCHE KONTROLLE

Lothar Bisky wies darauf hin, dass Programmfragen immer der Kompass für die Partei sei. Der Verfassungsschutz sei ein

Machtmissbrauch der CDU, was die BRD immer wieder in dem Licht einer Bananenrepublik erscheinen lässt.

Die Banken und Stromkonzerne müssten in einer parlamentarischen Demokratie unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Er wies darauf hin, dass DIE LINKE. die Kraft für die Vergesellschaftung sei.

AUSSPRACHE

Nach den Grußworten fing dann die Arbeit für die Delegierten an. Nach einer sechsstündigen Debatte verabschiedeten sie einen „Wortbeitrag zur bundesweiten Programmdebatte“. Zwar rieben sich viele Rednerinnen und Redner an dem Antrag des Forums demokratischer Sozialismus (A8), so plädierte Robert Menger (FDS) für den Antrag A8 und hielt es für problematisch, wie mit dem Antrag umgegangen worden ist. „Hier wurde „Textflederei“ betrieben...“ und wendet sich gegen verkürzte Kapitalismuskritik. Dieter Dehm meinte dazu, er sei dem FdS dankbar, dass es diesen Antrag gemacht hätte, er fände nur dass er präzisiert werden müsse. Alles in allem fand die Debatte aber in einer solidarischen Form statt.

Nach der Debatte einigten sich die Antragsteller auf ein Verfahren, das alle relevanten Ersetzungs- und Ergänzungsanträge teilweise oder ganz zusammenführte. Abschließend soll dies in der nächsten Sitzung des Landesausschusses im Februar 2010 beraten werden und dann dem Parteivorstand zugesandt werden.

RÜFFEL FÜR DIETHER DEHM

Einen Ruffel bekam Diether Dehm, als er dafür plädierte, einen Antrag von Ralf Jürgens (KV Hildesheim) - Einführung von Mitbestimmung und Interessenvertretung für alle Beschäftigten bei den Bundestagsabgeordneten DIE LINKE - nicht anzunehmen, denn wenn seine Angestellten keinen Betriebsrat wollten, sollten die Genossinnen und Genossen dies bitte doch respektieren. Dies kam erwartungsgemäß nicht gut bei den Delegierten an. Der Antrag von Ralf Jürgens wurde mit großer deutlicher Mehrheit angenommen. Ebenso wie ein Solidaritätsantrag für Patrik Humke-Focks und ein Antrag der zur Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen Migrantengruppen aufruft.

Der Antrag „Konsequenzen aus dem Arbeitskampf der GebäudereinigerInnen“ von Siegfried Seidel (KV Hannover), der sich mit dem zurückliegenden Arbeitskampf der GebäudereinigerInnen beschäftigt und weitergehende politische Antworten fordert (z. B. kein Lohndumping, Rückgängigmachung der Privatisierungen) wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag aus dem KV Braunschweig, welcher die Stärkung unserer sozialisti-

schen Partei von unten forderte, in dem die Kreisverbände gestärkt werden, fand keine Mehrheit.

Alles in allen sind die Delegierten mit einem positiven Gefühl nach Hause gefahren, dass DIE LINKE, sich auch weiterhin deutlich in die Politik des Landes Niedersachsen einmischen wird.

*Siggi Seidel
Delegierter aus Hannover*

Bericht vom Frauenplenum

Das von Lisa Niedersachsen einberufene Frauenplenum vor dem Landesparteitag in Hameln wählte Giesela Brandes-Stegewentz, Jutta Meyer-Siebert und Rosemarie Heims in die Tagungsleitung. Mit dabei waren viele Delegierte aus den Kreisverbänden, Landtags- und Bundestagsabgeordnete sowie einige Landesvorstandsfrauen. Straff wurden in der sehr knappen Zeit mehrere Anträge diskutiert und schließlich einstimmig verabschiedet.

Die Forderung nach einer geschlechterparitätischen Doppelspitze in der Bundesparteführung und Bundestagsfraktion nach dem niedersächsischen Vorbild, wurde von Nanni Rietz-Heering vorgetragen. Für diesen Initiativantrag der LAG Lisa mussten noch Unterschriften gesammelt werden. Die waren schnell zusammen, der Antrag erhielt später auf dem Parteitag die entsprechende Mehrheit und wurde auch von solid unterstützt. Den Änderungsantrag zum Leitantrag A 6, bekannt als „Frauenantrag“ vertraten in erster Linie Jutta Meyer-Siebert und Iris Gramberg als Antragsstellerinnen. Nanni erinnerte zum Schluss an die weitere

Schrittfolge zur Umsetzung des beschlossenen Frauenförderplanes. Das konnte aus Zeitmangel nicht mehr diskutiert werden, hier ist der Landesvorstand zum Handeln aufgefordert. Es fehlt die Kommissionsarbeit und die Berichterstattung durch den Landesverband zur Umsetzung des beschlossenen Frauenförderplanes.

Rosemarie Heims, Sprecherin von Lisa Niedersachsen, berichtete auf dem Parteitag von den Ergebnissen des Frauenplenums. Die Delegierten honorierten unsere LAG Lisa-Anträge und statteten uns mit einer satten Mehrheit dafür aus. Die Forderung nach einer geschlechterparitätischen Doppelspitze wurde dem Parteivorstand inzwischen zur Initiative vorgelegt. Er wird im März beraten. Das Frauenplenum der Bundestagsfraktion hat sich bereits dafür ausgesprochen – und Oskar sowie Gregor haben wir dafür auch auf unserer Seite. Nun gilt es eine Zweidrittelmehrheit bis zum Parteitag im Mai für eine Satzungsänderung herzustellen. Dafür war die Beschlussmehrheit in Niedersachsen Vorbild.

N. R-H

Die Frauen setzen sich durch Die Vier-in-einem Perspektive ist Leitlinie des niedersächsischen Beitrags zur Programmdebatte – Frauen diskutierten vorweg im Plenum

Schon um 9 h eröffnete die Vorsitzende der nds. Linke, Giesela Brandes-Stegewentz, das Frauenplenum, zu dem sich der größte Teil der weiblichen Delegierten versammelt hatte. Als gutes Omen konnte sie auf die Vorberichterstattung der Hamelner Presse verweisen, die dem Frauenplenum für die Programmdebatte der Linken große Bedeutung zumaß. Die Frauen unterstützten einhellig den Antrag, den Jutta Meyer-Siebert, zuständig für Frauenpolitik im Landesvorstand, eingebracht

hatte. Es ist ein Entwurf einer Gesellschaft, in der alle in allen Bereichen des täglichen Lebens – Erwerbsarbeit, Fürsorge-, Erziehungs- und Pflegearbeit, kulturelle Selbstentwicklung und politisches Engagement – tätig sein sollen, so dass die Bereiche nicht mehr nebeneinander stehen, sondern immer im Zusammenhang zu sehen sind. Voraussetzung ist die radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei Garantie eines Existenzsichernden Einkommens für alle.



> Aus dem Landesverband

PROGRAMMDEBATTE AUF DEM PARTEITAG

In der anschließenden Programmdebatte mischten sich die Frauen mit vielen Wortbeiträgen ein und sorgten mit dafür, dass sich der „Frauenantrag“ schnell als einer der relevanten Anträge herauskristallisierte. Aber es war klar: nur einer konnte gewinnen, und die Mehrheit der Männer im Plenum sprach sich nicht für den Frauenantrag aus, wengleich auch Bedauern zu hören war, dass die Frauenforderungen nicht aufgenommen würden.



An dieser Stelle geschah Unglaubliches: Jutta Meyer-Siebert und die Antragsteller des in der Debatte favorisierten Antrags verständigten sich, und verabschiedet wurde eine Programmatik, die im ersten Teil mit dem „Frauenantrag“ die Politik der Linken in die Perspektive einer Gesellschaft mit radikal veränderten Arbeitsteilungen und einem neuen Zeitregime stellt.

Daran schließen sich die konkreteren Eckpunkte für die Durchsetzung sozialistischer Politik an, wie sie vor allem in dem Antrag des KV Peine unter Federführung von Manfred Sohn formuliert waren. Der Linken Nds kommt damit eine Vorreiterrolle in der Programmdebatte zu: wie bisher nirgends hat sie die innovativen Sichtweisen von Frauen nicht in einem Kapitel an die allgemeine Programmatik drangehängt, sondern als Leitlinie an den Anfang gestellt.

Das ist Signal. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Jutta Meyer-Siebert

> Kommunalpolitik

Solidarität mit den Kommunalen KiTa's

Landauf landab führten die gewerkschaftlich organisierten Erzieherinnen und Erzieher eine längere von Streiks begleitete Tarifauseinandersetzung, die jetzt mit Verbesserungen bei der Bezahlung und beim Gesundheitsschutz endete. Unsere kommunalen Abgeordneten haben diese Aktionen solidarisch unterstützt. Im Folgenden ein Bericht aus Goslar zu dem dortigen Versuch der Arbeitgeber, mittels Abmahnungen den Streik zu unterminieren. In Braunschweig versucht der OB jetzt, den Beschäftigten den schwarzen Peter für die Kürzungen an anderer Stelle – beim KiTa-Ausbau – zuzuschieben. Die Botschaft aus Aurich: es geht auch ohne Kita-Gebühren!

raj

Erste Kommune ohne Kindergartengebühren

Aurich. Im Juni 2009 brachte die CDU-Fraktion, auf Druck der Linken (sonst haben wir gedroht den Antrag zu stellen), einen Antrag auf Befreiung der Kindergartengebühren in der Stadt Aurich ein. Bei einer Kampfabstimmung und gegen die Stimmen der SPD und Grünen wurde der Antrag im Rat der Stadt Aurich angenommen.

Die Linksfraktion machte in ihrer Rede noch mal deutlich dass nun eine Gleichstellung aller Kinder stattfindet und es keine Auslese nach sozialer Herkunft mehr



Heiko Moll, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Rat der Stadt Aurich.

geben wird. Gerade in der frühkindlichen Bildung darf es keine Auslese geben. Jedes Kind, egal aus welcher sozialen Schicht es kommt, hat das Recht auf Bildung. Aurich ist hier auf dem richtigen Weg und wird so im Bundesgebiet eine Vorreiterfunktion übernehmen. Der Druck auf die Landesregierung, Bildung gebührenfrei zu stellen, wird so ebenfalls erhöht.

Denn wer bei Kindern über Kosten streitet und bei Großprojekten Millionen ausgibt, hat die Prioritäten falsch gesetzt, so Heiko Moll.

Somit ist Aurich die erste Stadt in Niedersachsen (und ich glaube auch bundesweit - d.Verf.) ohne Kindergartengebühren. Man sieht „LINKS wirkt, auch in den Kommunen!“

Heiko Moll

Stadtratsfraktion „Goslarer LINKE“ stellt Antrag gegen die Abmahnungen streikender Goslarer KiTa – Mitarbeiterinnen

LINKE als erste solidarisch

Goslar. Die Stadt Goslar hatte als einzige Stadt in der Bundesrepublik streikende Erzieherinnen abgemahnt. Die Gewerkschaft ver.di wertete das als Angriff auf das Grundrecht auf Streik und rief zu Solidarität auf. Als erste hat die „Goslarer LINKE“ im Stadtrat Goslar schon am 14. Juni vor allen anderen darauf reagiert und durch den Fraktionsvorsitzenden Rüdiger Wohltmann (gleichzeitig Bundestagsdirektkandidat) einen Antrag eingebracht, die Abmahnungen zurückzunehmen. Danach hat sich auch die SPD vor allem in Person von SPD Bezirkschef Sigmar Gabriel eingemischt und gefordert die Abmahnungen zurückzunehmen. Die Goslarer Zeitung berichtete aber nur über die Solidarität von Gabriel. Der Höhepunkt der Solidaritätsaktion mit den streikenden KiTa Erzieherinnen in Goslar war aber die überregionale Solidaritätsdemo in Goslar am Dienstag, 23. Juni, zu der ver.di aufgerufen hatte. Die Abmahnungen waren allerdings schon am Montag, 22. Juni bei Verhandlungen von ver.di mit der Stadt Goslar zurückgenommen worden.

Die Demo am 23. Juni sollte aber natürlich auch gleichzeitig den Druck für die Durchsetzung der Tarifforderungen erhöhen. Von der „Goslarer LINKE“ war der Kreistagsabgeordnete Hans-Werner Kihm anwesend, der als ver.di Ortsvereinsvorsitzender in Goslar an der Demo teilgenommen hatte. Sigmar Gabriel ließ ausrichten, dass er aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen könne.

Hans-Werner Kihm

Perfide: OB versucht Tarifabschluss madig zu machen

Braunschweig. Der OB Hoffmann behauptete nach der KiTa-Tarifeinigung, der Ausbau der Kinderbetreuung sei gefährdet. Dazu sagte die Ratsfrau der LINKEN, Gisela Ohnesorge: „Dass Bund und Länder bei der Finanzierung der Kinderbetreuung in die Pflicht genommen werden müssen, ist sicherlich richtig. Dass OB Hoffmann aber die Tarifeinigung als Gefährdung des Ausbauprogramms ‚Kinderbetreuung‘ darstellt, ist perfide. Kinderbetreuung ist nicht nur eine Frage von Quantität, sondern gerade auch eine von Qualität. Es kann nicht sein, dass auf Kosten des Personals und deren Gesundheit der dringend notwendige Ausbau der Kinderbetreuung erfolgt. Und Einsparungsmöglichkeiten im städtischen Haushalt sehe ich sehr wohl, z.B. bei den vielen Prestigeobjekten.“

PM der Linksfraktion in Braunschweig

Reinigung wieder kommunal

Leer. Nach etwa einem Jahr verzweifelt hin und Her ist es uns endlich gelungen, die Reinigung der Schulen nicht weiter an private Unternehmen zu vergeben. Hierdurch wurden sechs Arbeitsplätze in der Samtgemeinde geschaffen.

Wie freuen uns über die Entscheidung der Samtgemeinde Hesel, wo Adolf Junker für DIE LINKE im Rat sitzt, die Reinigung der Schulen nicht mehr an private Unternehmen zu vergeben. Verwaltung und Rat haben nach einem Antrag der Linken, in engem Schulterschluss zuvor die Diskussion geführt, am Ende stand eine einmütige Entscheidung. Das Beispiel zeigt, dass fest eingetretene Pfade verlassen und einmal getroffene Beschlüsse revidiert werden können. Sechs Frauen haben wieder Arbeit gefunden.

Franziska Junker



Adolf Junker, für DIE LINKE als Ratscherr im Samtgemeinderat Hesel.

Grundlage sind die sozialen Belange der Menschen in den Kommunen

> Kommunalpolitik

In der aktuellen Haushaltsdiskussion im niedersächsischen Landtag spielt die Frage der Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen – und damit ihrer Einwohner – und eine Gemeindefinanzreform eine Rolle. In unseren Eckpunkten sehen wir in den Kommunen eine wichtige politische Ebene. Für die weitere Stärkung der LINKEN ist die Entwicklung vor Ort in den Kommunen, sozial, wirtschaftlich und politisch, sogar die Kernfrage.

Linke Wahlergebnisse bislang ...

Bei den Kommunalwahlen 2006 in Niedersachsen, **Kreiswahlen**, wo jeder drei Stimmen abgeben konnte, entfielen auf die Linkspartei und WASG 87.261 Stimmen (23 Sitze). Der Stimmanteil lag bei 1 %. Darüber hinaus wählten viele auch linke Wählergruppen, die jedoch statistisch nicht nach politischen Richtungen aufgliedert sind. An den Kreiswahlen haben sich 3,292 Mio. Wähler beteiligt. Die Wahlbeteiligung lag bei 51,7 %.

Bei den **Gemeindewahlen** im Rahmen der Kommunalwahlen 2006 beteiligten sich 2,925 Mio. WählerInnen (Wahlbeteiligung: 52,7 %). Die Linkspartei und WASG erhielten dabei 20.650 Stimmen. Zusammen kamen die beiden Parteien auf 23 Sitze in den Gemeinden.

Bei der **Landtagswahl** 2008 trat die DIE LINKE.Niedersachsen erstmals als gemeinsame Partei an. 3.476 Mio. Wähler (57,1 % Wahlbeteiligung) beteiligten sich an der Wahl. DIE LINKE. erhielt 217.345 Erststimmen (6,4 %) und 243.361 Zweitstimmen (7,1 %).

Bei den Kreiswahlen 2006 gab es insgesamt 2.352 Sitze in den Kreistagen. In den Gemeindewahlen 2006 gab es 16.499 Sitze. Diese Zahlen stammen aus den Amtlichen Endergebnissen, die beim Landeswahlleiter vorliegen. Werden noch die Mandate in Orts- und Bezirksräten und Regionalparlamenten hinzu genommen, so gab es 2006 insgesamt 30.424 Mandate, die bei den Kommunalwahlen besetzt wurden, so Manfred Sohn bei der Regionaltagung Südostniedersachsen in Einbeck am 10.10.09. Bei letzterer Zahl stützte er sich auf eine Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Landtag. Manfred Sohn sprach in Einbeck von 2006 insgesamt

142 errungenen Mandaten linker Mandatsträger in Niedersachsen.

... und was das für 2011 bedeuten könnte

Wenn wir einmal davon ausgehen, dass wir das Landtagswahlergebnis auch für die Kommunalwahlen 2011 erreichen wollten, und wir das Erststimmenergebnis von 6,4 % zu Grunde legen, dann benötigen wir für die Kreiswahlen 151 Kandidaten, die rein gewählt würden.

In den Kreisen und Regionen gibt es ja jeweils etliche Wahlbereiche. Und in jedem Wahlbereich sollte mindestens ein/e Nachrücker/in aufgestellt werden – eher zwei. Überschlänglich haben wir aber allein in allen niedersächsischen Landkreisen etwa 400 Wahlbereiche. Da wären wir bei nur einem Nachrücker pro Wahlbereich schon bei 800 notwendigen qualifizierten Kandidaten, wenn wir unser derzeit mögliches Stimmpotential ausschöpfen wollen. Das waren jetzt nur die Kreiswahlen. Wenn wir die Gemeindewahlen betrachten, benötigen wir bei 6,4 % im Durchschnitt 1056 Kandidaten, die auch gewählt würden. Mit Nachrückern also mindesten 2100 Kandidatinnen und Kandidaten. Wenn wir Doppelbelastung durch Gemeinderats- und Kreistagskandidatur vermeiden wollen, benötigen wir also etwa 3000 KandidatInnen für die Kommunalwahlen 2011 in Niedersachsen. Mit anderen Worten: Ungefähr jedes Mitglieder der LINKEN müsste kandidieren – was natürlich nicht der Fall sein wird – und auch nicht wünschenswert ist.

Aus dieser vielleicht etwas stark vereinfachten Rechnung ergibt sich:

■ wir müssten es schaffen, neue Mitglieder zu gewinnen. In seinem Beschluss zur Stärkung der Mitgliederbasis und der regionalen Strukturen kommt der Landesvorstand – und der Landesausschuss zur Zielsetzung, unsere Mitglie-

derzahl bis Ende 2010 auf 4000 bis 5000 zu steigern. Derzeit liegen wir bei etwa 3200 Mitgliedern.

■ Schon jetzt sollten viele von uns sich kommunalpolitisch qualifizieren. In Einbeck diskutierten wir unter anderem, kommunalpolitische Bildungsmodule in der Landespartei bzw. im kommunalpolitischen Forum in Zusammenarbeit auch mit der Rosa-Luxemburg Stiftung zu entwickeln.

■ Es wird 2011 sicherlich an vielen Orten und Kreisen sinnvoll sein, mit offenen Listen anzutreten. Dazu haben wir uns als Landespartei das Ziel gesetzt, bis Ende 2010 landesweit etwa 500 Menschen zu gewinnen, die ihre Bereit-



Auf Regionalversammlungen – im Bild diejenige für Südostniedersachsen am 10.10. in Einbeck –, diskutierten viele Genossinnen und Genossen nach der erfolgreichen Bundestagswahl über die Verbesserungsmöglichkeiten der politischen Bildungsarbeit und die Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2011. raj

schaft signalisieren, auf unseren Listen für die Kommunalwahlen auch unabhängig von einem möglichen Beitritt zu unserer Partei zu kandidieren.

Eine gute Möglichkeit, sich bereits jetzt stärker mit der Kommunalpolitik zu befassen, ist die Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen – auch Ausschusssitzungen(!) in den Kommunalen Vertretungen. Das unterstützt unsere Mandatsträger und ist auch dort praktikabel, wo wir noch nicht mit Mandaten vertreten sind. Transparenz wurde in unserer Diskussion in Einbeck als weiteres wichtiges Element erörtert. Also heraus tragen der Infos aus den Kommunalen Vertretungen in die Öffentlichkeit, zum Beispiel mittels unserer kleinen Zeitungen in den Kreisverbänden, wovon es bereits etwa ein Dutzend landesweit gibt. Eine andere Möglichkeit ist die Teilnahme an den Seminaren des kommunalpolitischen Forums Niedersachsen.

Ralf Jürgens

> Landesaus- schuss

Haupthema der Landesausschuss-sitzung am 14. November 2009 in Hannover im Freizeitheim Ricklingen waren die Ergebnisse und die Analyse der Bundestagswahl; das Inputreferat aus der Landtagsfraktion von Ursula Weißer-Roelle, MdL zur Sicherung von Produktionsstandorten am Beispiel der Kriegsschiffproduktion in Emden, die Vorstellung der Initiative „Kriterien einer Regierungsbeteiligung“, eine Diskussion zur geplanten Sozialtour der Landtagsfraktion und ein Bericht zum Celler Dialog.

Die Sitzungsleitung übernahm das Präsidium durch Christoph Filler und KW Depker. Es waren 42 Delegierte anwesend, davon sieben weibliche.

TOP WAHLANALYSE

Im Rückblick gelangte unsere Landesvorsitzende Gisela Brandes-Steggewentz zu einem positiven Resümee:

„Wir können mit dem Ergebnis zufrieden sein, aber es bedeutet auch Verantwortung. Wir müssen den Widerstand in

Aus dem Landesausschuss

EIN (GEKÜRZTER) BERICHT VON SABRINA VACHE & CHRISTOPH FILLER

der Bevölkerung stärken und unterstützen, und nach Möglichkeit selbst mit mobilisieren.“ Unserer Landesvorsitzender Dr. Diether Dehm, MdL, europapolitischer Sprecher und Sprecher für Mittelstandspolitik, formulierte als Sprecher der Niedersächsischen Bundestagsfraktion einen positiven und zuversichtlichen Ausblick: „Niedersachsen wurde immer weit hinter Hessen gehandelt und dennoch hatte DIE LINKE hier ein besseres Ergebnis.“

Neben Diether sprachen für die Bundestagsfraktion unsere energiepolitische Sprecherin Dorothee Menzner, unsere seniorenpolitische Sprecherin Heidrun Dittrich und Herbert Behrens.

VOLKSBEGEHREN FÜR GUTE SCHULEN

Der Landesausschuss unterstützt das Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen. An Infoständen sollen die Unterschriftenlisten ausliegen.

VORSTELLUNG DER INITIATIVE: KRIT-

RIEN EINER REGIERUNGSBETEILIGUNG

Ursula Weißer Roelle, MdL berichtet, dass der Landesparteitag in NRW einen Beschluss „Kriterien einer Regierungsbeteiligung“ gefasst hat, welcher von der LAG Betrieb & Gewerkschaft unterstützt wird.

Darin werden folgende Mindestbedingungen/Grundsätze für eine Regierungsbeteiligung der LINKEN gestellt:

- ▶ 1. Es darf kein Sozialabbau stattfinden.
- ▶ 2. Es darf zu keinem Abbau der tariflich bezahlten Beschäftigung (Vollzeitäquivalente) kommen.
- ▶ 3. Privatisierungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Kritik an diesem Papier: Es enthält u.a. keine Antikriegsposition und sollte um diese und weitere wesentliche Punkte ergänzt werden. Darüber soll in den Kreisverbänden beraten werden. (...)

Die nächste Landesausschusssitzung findet am 13.2.2010 statt.

Frauenförderplan für die Partei Die Linke. Niedersachsen

PRÄAMBEL

Die Linke. Niedersachsen will die im Grundgesetz verankerte Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Ebenen der Partei verwirklichen.

Über 50 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes ist die Gleichstellung für Frauen im Gesellschaftsleben nur unvollständig verwirklicht. Dies gilt auch für die politischen Parteien.

Auch den Linken ist es bisher nicht gelungen, die Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in der Partei ausreichend attraktiv für Frauen zu machen (Anteil der Frauen an den Mitgliedern in vielen Kreisverbänden unter 25 %). Damit wird in der Partei Die Linke.Niedersachsen die konkrete frauenspezifische Lebenserfahrung und Lebenswirklichkeit nicht angemessen eingebracht. Wenn wir Politik machen wollen, die durch Sichtweisen und Bedürfnisse von Frauen und Männern gleichermaßen geprägt ist, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Neue Linke eine Partei wird, in der Frauen gleichbe-

rechtigt und in einer ihnen gemäßen Weise politisch arbeiten können.

Dazu gehört, vorhandene Strukturen so zu verändern, dass Frauen auf allen Ebenen paritätisch vertreten sind. Mit der Verankerung der Quote in der Satzung haben wir den rechtlichen Rahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit geschaffen. Dieses Ziel soll der vorliegende Förderplan unterstützen.

WEITERBILDUNG

Für die politische Weiterbildung von Frauen werden geeignete Maßnahmen aufgesetzt und die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt. Dazu gehört z.B., dass Bewerbungen von Frauen zu Weiterbildungsveranstaltungen bevorzugt berücksichtigt werden, Frauen durch die Gestaltung der Angebote besonders zur Teilnahme ermutigt werden und Frauen als Zielgruppe ausdrücklich angesprochen werden. Das Thema „Geschlechterverhältnisse“ ist bei der inhaltlichen Gestaltung von Fortbildungsmaßnahmen einzuplanen. Dabei ist die Landesarbeitsgemeinschaft Lisa hinzuzuziehen. Männer

werden zur Teilnahme an solchen Weiterbildungsmaßnahmen besonders ermutigt.

UMGANG MITEINANDER

Den meisten Frauen ist respektvoller, wertschätzender Umgang miteinander sehr wichtig.

Sie werden im Durchschnitt eher als Männer von abwertenden und aggressiven Äußerungen und Verhaltensweisen abgeschreckt.

Maßstab für das Verhalten und die Wortwahl der Parteimitglieder untereinander soll deshalb die Wertschätzung der bzw. des anderen und der Respekt ihr bzw. ihm gegenüber sein.

SPRACHE

In Satzungen, Programmen, Veröffentlichungen, Protokollen, Erklärungen und anderen Dokumenten der Partei Die Linke.Niedersachsen sind die weibliche und männliche Sprachform gleichermaßen zu verwenden.

VEREINBARKEIT VON FAMILIÄREN AUFGABEN UND AKTIVER MITARBEIT IN DER PARTEI DIE LINKE. NIEDERSACHSEN

In der Auswahl von Ort und Zeit für Veranstaltungen der Partei soll Rücksicht auf die besonderen Belange von Menschen genommen werden, die durch familiäre Aufgaben gebunden sind. Bei Bedarf soll

Hier sind wir bei der Arbeit im Cafe Brot & Rosen auf dem Bundesparteitag, Bildmitte: Nanni Rietz-Heering, (Initiatorin des 1. Frauenförderplanes) zwischen Margitta und Tina Flauger MdL (rechts). Tina formulierte damals den 1. Entwurf des Frauenförderplans für die WASG-Frauenfachkommission 2006. Nach unserem Vorbild ist Thüringen jetzt der zweite Landesverband mit einem Frauenförderplan. Derzeit prüfen wir Frauen eine Übernahme für unsere Bundespartei. Dies wird ein Thema auf dem kommenden Bundesfrauenkongress am 13. März 2010 in Bielefeld sein. Hauptthema dort sind die Frauenstrukturen in der Partei. (Foto: privat)



Foto zum Gedenken an Margitta Klug, Sprecherin BAG Lisa, zweite von links. Margitta ist für immer von uns gegangen am 09.09.09. Sie fehlt uns sehr. Wir werden sie nie vergessen.

für Kinderbetreuung während der Veranstaltungen gesorgt werden.

VERSAMMLUNGEN

In Landesversammlungen werden Präsidium und Kommissionen paritätisch besetzt. Die Versammlungsleitung übernehmen Männer und Frauen abwechselnd.

ZUGANG ZU ÄMTERN IN DER PARTEI UND ZU KANDIDATUREN FÜR MANDATE

Um den Zugang von Frauen zu Ämtern und Mandaten zu fördern, sind in den Satzungen der Die Linke. Niedersachsen Frauenquoten verankert. Sinngemäß sollten diese Regelungen auch bei der Besetzung von nicht satzungsmäßig verankerten Kommissionen, Arbeitsgruppen etc. angewendet werden. Alle Mitglieder der Partei Die Linke. Niedersachsen, insbesondere die Leitungsgremien, sind aufgefordert, auf die Einhaltung der Quotenregelungen genau zu achten und qualifizierte Frauen zu Kandidaturen zu ermutigen und sie zu unterstützen.

PATENSCHAFTEN

Frauen, die in ein Amt oder ein Mandat gewählt werden, werden auf Wunsch Patenschaften angeboten, so dass sie von Mitgliedern unterstützt werden, die in einer entsprechenden oder vergleichbaren Funktion Erfahrungen gesammelt haben.

ÜBERPRÜFUNG DER UMSETZUNG UND REGELMÄSSIGE BERICHTERSTATTUNG

Der Landesvorstand berichtet dem Landesverband bis zum 30. November eines jeden Jahres (erstmalig zum 30.11.2008) unter Verwendung eines Erhebungsbogens über die Umsetzung des Frauenförderplans. Der Erhebungsbogen wird in Zusammenarbeit mit der LAG Lisa entwickelt und ggf. aktualisiert. Einmal jährlich wird vom Landesvorstand der Partei Die Linke.Niedersachsen ein Sachstandsbericht zur Umsetzung des Frauenförderplans erstellt. Insbesondere soll der Bericht die Frauenanteile an der Mitgliedschaft und in Ämtern und Mandaten enthalten sowie die zugehörigen Veränderungen zum vorhergehenden Sachstandsbericht. Die Gliederungen der Partei haben die Erstellung des Berichts durch die Zulieferung der erforderlichen Zahlen zu unterstützen. Der Landesvorstand prüft auf der Grundlage des Berichtes die Umsetzung des Frauenförderplans und äußert sich zur Frage erforderlicher Verbesserungen. Die LAG Lisa soll hierzu hinzugezogen werden.

FORTSCHRIBUNG

Der Frauenförderplan ist kein abgeschlossener, unveränderlicher Plan. Veränderungen, Ergänzungen, Erweiterun-

gen sollen entsprechend der gewonnenen Erkenntnisse und unter Einbeziehung der Sachstandsberichte vorgenommen werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft LISA Niedersachsen unterbreitet dazu Vorschläge.

INKRAFTTRETEN

Der Frauenförderplan tritt mit seiner Verabschiedung am 16.2.08 in Kraft. Er wird im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für Änderungen.

*Für die LAG LISA Niedersachsen:
Nanni Rietz-Heering, Iris Gramberg,
Sprecherinnen*

Anmerkung: Dieser Frauenförderplan galt für die WASG Niedersachsen. Er wurde von der Frauenfachkommission entwickelt und auf dem Parteitag der WASG 2006 vorgestellt verabschiedet und dem Landesvorstand der WASG Niedersachsen zur Umsetzung an die Hand gegeben.

Der entsprechende Antrag auf Übernahme dieses Frauenförderplanes durch die Partei Die Linke.Niedersachsen an den Parteitag Die Linke vom 6.9.07 wurde vom Parteitag an den Landesausschuss verwiesen und dort auf der Sitzung des Landesausschuss am 16.02.08 mehrheitlich verabschiedet. Er wurde dem Landesvorstand zur Umsetzung an die Hand gegeben. Der geschäftsführende Landesvorstand setzte zur Umsetzung eine Kommission ein. Antragstellerin: Lisa, Nanni Rietz-Heering. Die genannten Personen der Kommission wurden bisher noch nicht berufen und konnten ihre Arbeit deshalb nicht aufnehmen.

Weltretter unterwegs

Sechs niedersächsische Städte besuchten die Weltretter der Linksjugend [`solid].

Mit kreativen Aktionen, eigenem Material und der „Insel des Sozialismus“ begeisterte die Linksjugend auf ihrer „Be Part of the Solution“ (Sei Teil der Lösung) Kampagne junge und ältere Menschen für Die Linke und den Jugendverband.

Ihren ersten Halt machten die Weltretter in **Braunschweig**. Zeitgleich mit Horst Köhler, der sich jedoch keine Zeit nahm, um mit den BürgerInnen über ihre Anliegen zu sprechen. Um diesem Missstand entgegen zu wirken, boten die Weltretter den Passanten mit einer Bodenzeitung die Möglichkeit, ihre Wünsche an den Bundespräsidenten zu äußern.

Die Bodenzeitung wurde später an den Bundespräsidenten verschickt. Bis jetzt gab es jedoch keine Rückmeldung seitens Horst Köhlers. Das Anschreiben und mehrere Bilder sind unter <http://solidbraunschweig.wordpress.com/> zu finden.

In **Wolfenbüttel** begleitete [`solid] gemeinsam mit der Landtagsfraktion, dem KV und einigen MdB den Anti-Atom-Treck. Als Außerirdische verkleidet wurde versucht zu verstehen, warum Menschen Atommüll produzieren: Leider gibt es wohl einige Menschen, die für ihren eigenen Profit die Umwelt ausbeuten.

Am nächsten Tag kam die Weltrettentour nach **Cuxhaven**, wo ganze Schulklassen begeistert am Lohnlimbo teilnahmen. Der Limbostab wurde für ein Managergehalt in über zwei Meter Höhe angebracht und bei einem Hartz-IV Regelsatz knapp über dem Boden. Bei dem Versuch unter der Limbostange durchzutanzten, konnte veranschaulicht werden, wie groß die sozialen Unterschiede in Deutschland sind und wie unmöglich es ist, mit Hartz-IV durchs Leben zu kommen.

Eine Besonderheit stellte **Vechta** dar: Der schwärzeste Wahlkreis Niedersachsens, den wir gemeinsam mit Markus Schalk und der Linksjugend Vechta erobert haben. Mit den verschiedensten Aktionen konnten die BürgerInnen zum Nachdenken gebracht werden, sodass wir einen Teil zu dem guten Wahlergebnis in Vechta beitragen konnten.

Göttingen bot dem Weltrettenteam die Möglichkeit, bei einer Party dabei zu sein. Jugendliche veranstalteten im Cheltenhampark unter dem Motto „Reclaim your Park“ (erobere den Park zurück) eine Feier, um sich den öffentlichen Raum zurück zu erobern, da dieser durch Überwachung und Auflagen immer weiter eingeschränkt wird. Die Weltretter vervollständigten die Partyatmosphäre mit einer Seifenblasen- und Nebelmaschine.

Die letzte Station war **Hannover**. Dort trat das Weltrettenteam am Rande der Z-Veranstaltung mit Gregor Gysi auf.

Die Tour war für uns Weltretter ein voller Erfolg und hat uns viel Spaß gemacht. Wir möchten uns bei allen UnterstützerInnen bedanken!



Ein Schüler schummelt beim Lohnlimbo in Vechta: Der Limbostab liegt bei der Ein-Euro-Jobber Marke so niedrig, das er nicht unter dem Stab durch kommt.

Der BILDUNGSSTREIK! in Niedersachsen

Vom 15. Juni bis zum 19. Juni fand eine bundesweite Streikwoche von SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildenden statt, um auf die Missstände im Bildungssystem aufmerksam zu machen. Rund 55.000 Aktivisten beteiligten sich in 15 Städten in Niedersachsen. Die Linksjugend [`solid] war in nahezu allen lokalen Schulstreikbündnissen vertreten. Vom Bundesverband und vom Landesverband Niedersachsen wurde eigenes Material zum Streik herausgegeben, von Stickern bis zu Absperrband.

Die Protestwoche wurde mit vielen verschiedenen kreativen Aktionen gestaltet. In einigen Städten wurden Universitäten besetzt, in anderen Kreuzungen blockiert. Straßentheater und alternative Lehrveranstaltungen ergänzten das Bild eines ideenreichen Protestes. Für die Demonstrationen war der 17. Juni der bundesweit einheitliche Termin.

Auf die Unverhältnismäßigkeit zwischen den Ausgaben für unsere Bildung und dem Geld für das Bankenrettungspaket wurde mit Besetzungen von Banken, Kundgebungen und symbolischen Überfällen aufmerksam gemacht. (pz)

[`solid] wird endlich gefördert!

Mit 180.000 Euro jährlich wurden die Jugendverbände aller Parteien im Niedersächsischen Landtag über die „Vereinigung politischer Jugend“ (VPJ) bisher gefördert - Mit Ausnahme der Linksjugend [`solid].

Trotz mehrfacher Aufnahmeanträge und Gesprächsversuche wurde [`solid] durch eine Blockadehaltung der Jungen Union von der Mitgliedschaft ferngehalten - was dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Chancengleichheit politischer Parteien widerspricht.

Eine Überarbeitung der Förderrichtlinie wird nun die staatliche Zuschussung der Linksjugend ab 2010 sicherstellen.

Die beantragten Gelder für das laufende Jahr (1.000 Euro) sollen eingeklagt werden.

Das Salzgitter Bündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

hat eine vierfarbig gedruckte Dokumentation seiner Arbeit von 1991 bis 2008 vorgelegt. In einer Vielzahl von Dokumenten, Flugblättern, Fotos, Plakaten und Artikeln werden Stationen des Widerstandes der Aktiven in der Region Salzgitter gegen rassistische und faschistische Bestrebungen belegt. Besonders engagiert haben sich neben den Mitgliedern des Bündnisses aus anderen Bereichen der Gesellschaft Belegschaften, Gewerkschaften, ausländische Kolleginnen und Kollegen und die Jugend. Die Arbeit und die Aktionen des Bündnisses sind nachgezeichnet. Zu nennen ist der Kampf



für Bleiberecht und der Widerstand gegen behördlichen und gesellschaftlichen Rassismus. Und die Aufklärungsarbeit und Gegenwehr in Salzgitter gegen Neonazismus und Faschismus. Das Editorial des Buches haben Gerd Graw und Walter Gruber verfasst. Es ist über Salzgitter hinaus für all jene interessant, die selbst in Betrieben, Schulen, der Kommune und in antifaschistischen Bündnissen politisch arbeiten. Dies vor allem deshalb, da der Band viele Anregungen für eine breite, erfolgreiche antifaschistische Bündnisarbeit enthält.

Er ist zu beziehen bei: Bündnis gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, c/o Gerd Graw, Schmedenstedter Str. 2, 31246 Lahstedt, kostet 7,- Euro raj

Parteitag unterstützt Gleichstellung von Kurdinnen und Kurden

Hamel. Der Landesparteitag übernahm mit großer Mehrheit bei nur wenigen Gegenstimmen die Kernforderungen der Berliner Erklärung vom 9.9. der Konferenz „Kurden in Deutschland - Geschichte, Gegenwart und Perspektiven der Gleichstellung“.

„Zur Beseitigung des bisherigen Umgangs mit den Kurdinnen und Kurden in Deutschland und als Schritte für ihre Gleichstellung mit den übrigen MigrantInnengruppen in Deutschland fordert der Parteitag:

1. Die Anerkennung der kurdischen Migranten als eigenständige Migrantengruppe und Gleichstellung mit den anderen Migrantengruppen;
2. Aufhebung des seit 1993 gegen die PPK und gegen andere kurdische Organisationen bestehenden Verbots und die Forderung auf Beendigung der Repressionsmaßnahmen;
3. Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten auch für kurdische Migranten und Flüchtlinge in ihrer Muttersprache

4. Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht für kurdische Schüler;
5. Das Zulassen von kurdischen Namen, auch wenn diese von den Behörden der Herkunftsländer nicht anerkannt werden;
6. Gleichbehandlung der Kurden bei den fremdsprachigen Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten;
7. Aufhebung der Betätigungsverbote für kurdische Medien wie ROJ TV in Deutschland;
8. Aufnahme der Selbstorganisationen der Kurden in den Integrationsgipfel und Förderung der Selbsthilfe sowie der Bestrebungen für muttersprachlichen politischen und kulturellen Information und Bildung;
9. Einstellung von Abschiebungen von politisch aktiven Kurden und der Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge;
10. Verstärkter Einsatz der Bundesregierung für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage.“

> IMPRESSUM

Herausgeber:

DIE LINKE Landesvorstand Niedersachsen

Redaktion:

Titelseite und Schwerpunkte: Herbert Behrens

Landtag: Christian Degener (cd)

Landesverband und Frauen: Nanni Rietz-Heering

Landesausschuss und Termine:

Blanka Seelgen (bbs, raj, n r-h)

Kommunalpolitik: Carlo Bleichert (bca), Ralf Jürgens (raj)

Bundestag: Nanni Rietz-Heering (nr-h)

Europa: Elke Höher

Jugend: Philipp Zimmermann

Adressen: Thomas Horstmann, Ralf Jürgens

Produktion: Nanni Rietz-Heering

V.i.S.d.P.: Herbert Behrens

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 5.2.2010

> Termine

10. Januar 2010

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung
Berlin-Friedrichsfelde

22. Januar 2010

Landesvorstandssitzung
11.00 Uhr - 17.00 Uhr, Hannover

3. Februar 2010

Frauen ganz links
Ein Ost-Termin der Bundestagsfraktion
DIE LINKE., 18.00 Uhr - 20.00 Uhr, Halle

13. Februar 2010

Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch
in Dresden. Beteiligung am Bündnis gegen den Naziaufmarsch

13. Februar 2010

Landesausschusssitzung
11.00 Uhr - 17.00 Uhr, Hannover

27.02.2010, 13.00 Uhr

MV der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Osnabrück, Lagerhalle Kultur

6. März 2010

Beratung der Kreisvorsitzenden der Partei
DIE LINKE

8. März 2010 Internationaler Frauentag

12. März bis 14. März 2010

Bundesfrauenkongress der LINKEN
in Bielefeld

Nach über 45-jährige Migration leben fast eine Million Kurden in Deutschland – etwa ein Drittel von ihnen ist inzwischen eingebürgert. Da sie in der Regel entweder als türkische, iranische, irakische oder syrische Staatsangehörige gelten, sind sie nicht als eigenständige Migrantengruppe anerkannt. Verwehrt werden ihnen fundamentale Rechte wie muttersprachlicher Unterricht, Beratung und Betreuung in der eigenen Sprache, Teilhabe an spezifischen Integrationsmaßnahmen und vieles andere mehr. Das 1993 erlassene politische induzierte Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) kriminalisiert bis heute kurdische Migranten und insbesondere ihre Selbstorganisationen, stigmatisiert und grenzt damit doppelt aus.

Die Organisationsverbote und zahlreichen Repressionsmaßnahmen sind große Integrationshindernisse.

Quelle; Antrag Hameln 28.11.09 - raj

Redaktionsanschrift: LINKESFORUM, DIE LINKE.

Niedersachsen, Große Düwelstr. 28,
30171 Hannover,
Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

Layout, Druck und Vertrieb: GNN-Verlag mbH,
Venloer Straße 440 (Toskana-Passage),
50825 Köln, Tel.: 0221-21 16 58,
Fax: 0221-21 53 73,
Mail: gnn-koeln@netcologne.de

